

# Seine „Macke“ sind die Nervenkliniken im Land

## „Talk zu zweit“ mit Finanzminister Kühbacher

**Beeskow (MOZ)** Finanzminister sind nicht gerade Leute, die in Beliebtheitsskalen ganz oben rangieren. Anders als bei Sozialministerin Regine Hildebrandt mußten beim ersten „Talk zu zweit“ in diesem Jahr mit Finanzminister Klaus-Dieter Kühbacher keine Stühle zusätzlich in den Burgsaal getragen werden.

Anders als Talk-Vorgängerin Regine Hildebrandt, die ihr Publikum immer wieder mit kleinen Geschichten unterhielt, blieb der Finanzminister weitestgehend kühl zurückhaltend. Bei einem Thema allerdings kam er ins Erzählen. „Ich habe eine Macke, und das sind die Landesnervenkliniken“, gestand Kühbacher, der aus der Gegend von Braunschweig kommt und seine Karriere in der Finanzverwaltung begann. Die schlimmen Zustände in diesen Anstalten – Kühbacher erzählte von Räumen, in deren Mitte eine Toilette steht und wo 36 Leute sich aufhalten – müßten geändert werden. Er sprach von 500 Millionen Mark, die in diese Kliniken fließen sollen, mit dem Ziel, sie bis zum Jahr 2000 auf Vordermann zu bringen. Natürlich ging es in einem Gespräch mit dem Finanzminister nicht ohne Zahlen ab. Sechs Milliarden Mark wolle das Land in diesem Jahr für Investitionen ausgeben, kündigte Kühbacher an. Bei der Konsumtion dagegen setzt der Finanzminister auf Sparkurs. So werden auch die Schlüsselzuweisungen für die Kommunen vom Land in diesem Jahr knapper ausfallen. Allerdings sollen die Mittel der Kommunen für Investitionen erhöht werden.



**In Gemeinsamkeit:** Finanzminister Kühbacher und Herbert Schirmer. Foto: Karl-Heinz Arendsee

4000 bis 9000 Verwaltungsstellen müßte man durch die Reform der Kreise in den nächsten Jahren einsparen, meinte Kühbacher. Entlassungen drohen ab 1998 auch bei Lehrern, weil die Zahl der Grundschüler rapide sinken wird. Man beginne in Brandenburg bereits jetzt damit, sich auf diese Situation einzustellen, erklärte Kühbacher. So würden derzeit bereits 1000 Lehrer pro Jahr bei vollem Gehalt umgeschult. Massentlassungen bei Lehrern durch freiwillige Arbeitszeitverkürzungen und Umschulungen zu vermeiden, schlug er vor.